



Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

- Die Bundestagskandidaten -

FDP-Landesverband M-V, Goethestr. 87, 19053 Schwerin

LV Gaymeinsam e.V.

An den Landesvorsitzenden Sebastian Witt
Lübecker Str. 43

19053 Schwerin

Schwerin, d. 19. Juni 2017

vorab per Email: info@gaymeinsam-mv.de

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Sehr geehrter Herr Witt,

vielen Dank für Ihr Schreiben mit den Wahlprüfsteinen des LSVD-Landesverband LSBTI* Mecklenburg-Vorpommern. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen:

1. LSBTI* in Deutschland stärken

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine aufgabengerechte Finanzierung von Beratungs- und Unterstützungsprojekten gesichert ist und wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Angebote auch im ländlichen Raum zugänglich sind.

Die bundesweit aktiven LSBTI*-Beratungs- und Unterstützungsprojekte haben in den vergangenen Jahren eine besonders gute Arbeit geleistet. Mit vielen unterschiedlichen Projekten zur Aufklärung, Prävention und Beratung sind die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter voll beschäftigt.

Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass die unterschiedlichen Vereine wie z.B. die AIDS-Hilfen sich auf ihre originäre Arbeit beschränken können und nicht wertvolle Zeit mit dem Eintreiben von Spenden verbringen. Notwendige Haushaltsmittel wird die FDP bereitstellen, um somit ihre zwingend notwendige Arbeit zu unterstützen.

Weiterhin setzt die FDP auf einen Dialog mit den Partner_innen der Beratungs- und Unterstützungsprojekte um Wege zu erarbeiten, damit flächendeckende Angebote auch im ländlichen Raum zugänglich gemacht werden können.

2. Familienvielfalt

- Wollen Sie sich dafür stark machen, dass Regenbogenfamilien in Verwaltung, Jugendämtern und Schulen Anerkennung erfahren und gleichberechtigt neben anderen Familienformen wahrgenommen werden? Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie umzusetzen?

Jedes Kind ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Jede Geburt schafft für einen Menschen die Chance, zu existieren, Glück zu finden und sich schöpferisch in die Gesellschaft einzubringen. Die Familienformen in denen Kinder heutzutage aufwachsen sind vielseitig. Aufgabe des Staates ist es die Regelungen so zu gestalten, dass alle Kinder gute Startchancen erhalten. Eine Diskriminierung von bestimmten Familienformen lehnt die FDP ab.

Eine Modernisierung des Familienrechts ist dringend notwendig, um biologische und die soziale Elternschaft ebenso wie stabile Bindung in Patchworkfamilien und Regenbogenfamilien rechtlich abzubilden. Dieses ist in der Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers.

Nach einer rechtlichen Anerkennung muss die gleiche Behandlung von Seiten der Verwaltung und der Jugendämter gewährleistet sein. Dieses regelt auch die Antidiskriminierungsstelle, welche Maßnahmen für den korrekten Umgang liefert. Die zuständigen Stellen sind gefordert, das Personal in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämtern und Familienberatungsstellen durch Weiterbildung auf die wachsende Zahl von Kindern aus Regenbogenfamilien vorzubereiten und jede Diskriminierung zu verhindern. Wir wollen, dass gerade im Schulalltag die Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen pädagogischer Fortbildungen sensibilisiert werden.

3. Schule als Ort für Respekt und Vielfalt

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in den Schulen altersgerecht der Bereich sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität stärker thematisiert wird? Wenn ja: Wie wollen Sie dies erreichen?
- „Schwule Sau“ etc. ist noch immer eines der meistverwendeten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass LSBTI*-Jugendliche nicht unter Mobbing und Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen ihrer Altersgruppe leiden müssen und Schule auch für sie ein Ort des Respektes und der Vielfalt ist?

Etliche Bundesländer haben bereits in den vergangenen Jahren ihre jeweiligen Bildungspläne überarbeitet und das Thema Sexuelle Vielfalt mit dem dazugehörigen Themengebiet Homosexualität als sexuelle Orientierung und deren Akzeptanz in ihre Bildungspläne aufgenommen. Fächerübergreifend und altersgerecht wird in diesen Bundesländern im Schulunterricht das Thema behandelt.

Die vorhandenen, zumeist ehrenamtlichen, Aufklärungsprojekte wird die FDP weiterhin unterstützen.

Die Schule muss sich mit dem Thema unterschiedlicher Lebensentwürfe beschäftigen. Eine ordentliche und konstruktive Ergänzung des Bildungs- und Lehrplanes in den Bundesländern ist erforderlich, um die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufzunehmen. Damit verbunden müssen auch die Lehrmittel angepasst und eine frühzeitige Fortbildung der Lehrkörper sowie der Vertrauenspersonen umgesetzt werden, hierfür setzt sich die FDP ein.

4. Homo- und Transphobie im Sport

- Wollen Sie Informations- und Aufklärungskampagnen -auch finanziell- unterstützen, die Homo- und Transphobie im Sport die Rote Karte zeigen?

Wir Freie Demokraten sehen noch immer die große Aufgabe der Homo- und Transphobie im Breitensport. Dieses kann nur gemeinsam mit den Vereinen und Verbänden gelingen.

Die Informations- und Aufklärungskampagnen sind ein wichtiger Schritt um ein Gesamtkonzept für Vielfalt im Sport zu erstellen. Der Fairnessgedanke im Sport darf der sexuellen Identität und weiteren Bereichen nicht weichen. Es muss ganz deutlich gemacht werden, dass die Fairness auch im Umgang der Menschen miteinander gilt. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Homo- und Transphobie im Sport ein weiterer Bestandteil in den unterschiedlichen Landesaktionsplänen wird, um eine finanzielle Unterstützung zu gewährleisten.

- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Sport Antidiskriminierungsregeln, Vereinssatzungen und Stadionordnungen derart ergänzt werden, dass sie auch eine Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung untersagen?

Wir Freie Demokraten werden in einem engen Dialog mit dem Sportbund, den Vereinen und Verbänden dieses Thema sensibilisieren. Durch die Aufklärung, das oben angesprochene Gesamtkonzept und den Landesaktionsplänen werden beste Ergebnisse aus gemeinsamer Arbeit erzielt.

5. Alter und Pflege

- Das Leben älterer LSBTI* hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Diese Generation lebt heute wesentlich offener als früher und möchte diese Freiheit auch im Alter nicht mehr missen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass künftig in der Altenarbeit und Pflege besser auf die spezifischen Lebenssituationen dieser Menschen eingegangen werden kann?

Ältere und alte Menschen sollen selbstverständlich und offen ihrer sexuellen Identität entsprechend leben können ohne Diskriminierung fürchten zu müssen. Da niemand die Bedürfnisse von LSBTI* besser kennt als sie selbst, wollen wir die Potentiale der Selbstorganisation und Selbsthilfe stärken und Netzwerkstrukturen unterstützen.

Generationsübergreifende Politik verstehen wir unter dem Dialog zwischen älteren und jüngeren Menschen. Wir wollen insbesondere den Dialog zwischen älteren und jüngeren LSBTI* fördern, Begegnungen und Kommunikationsangebote verbessern und damit Altersdiskriminierung, sozialer Isolation sowie Vereinsamung entgegenwirken. Als Beispiele können Freizeitangebote und Mehrgenerationsprogramme aber auch Geschichtsprojekte beitragen.

Nötig sind aber auch bessere Rahmenbedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter unterstützen. Dazu müssen die Angebote für LSBTI* in der dritten und vierten Lebensphase, insbesondere im Hinblick auf Wohn- und Betreuungsformen, weiter entwickelt und institutionell verankert werden.

Das stellt die Träger und die Ausbildung in der Altenpflege vor neue Aufgaben: Sie brauchen Konzepte für die kultursensible Versorgung, Pflege und Begleitung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identitäten, eingebettet in die bestehenden institutionellen Systeme. Informationen über gleichgeschlechtliche Lebensweisen müssen in die Aus- und Weiterbildung sowie die Organisations- und Personalentwicklung in der Altenarbeit und Altenpflege integriert werden.

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden, Verwaltung und Politik anzuerkennen, dass ältere und alte Menschen verschiedene sexuelle Identitäten, Biographien und Lebensweisen haben. Die Interessen und Bedürfnisse von älteren Menschen sind in allen Bereichen der Seniorenpolitik und der Altenhilfe zu berücksichtigen. In der Beratung zu psychosozialen Herausforderungen, wie zum Beispiel ein spätes Coming-Out, und zu Sozialleistungen, bei sozialen und gesundheitsbezogenen Angeboten, bei der Gestaltung altersgerechten Wohnraums, wie auch der positiven Begleitung von Selbsthilfeorganisationen und Angeboten für Freizeit und Sport.

6. Homo- und transphobe Hasskriminalität effektiv bekämpfen

- Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Delikte, die sich gegen die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität der Opfer richten, künftig besser von der Polizei erkannt und entsprechend erfasst werden? Welche Maßnahmen wollen Sie dafür ergreifen?

Ja, die FDP spricht sich für eine entsprechende Erfassung in der Kriminalstatistik aus. Allerdings ist es fraglich, ob diese Delikte immer einem eindeutigen Motiv zugeordnet werden können.

Weiterhin sollten Themen zu LSBTI* in die polizeiliche Ausbildung aufgenommen werden.

- Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Anzeigebereitschaft bei Straftaten mit homo- bzw. transphoben Hintergrund gesteigert und somit das bestehende Dunkelfeld aufgehell wird? Unterstützen Sie hierzu die Schaffung von LSBTI*-Ansprechpartnern bei der Polizei?

Bei der Polizei gibt es bereits Ansprechstellen für LSBTI*. Wir sprechen uns dafür aus, dass diese bei Bundes- und Landespolizei zur Verfügung stehen. Ziel muss es jedoch sein, durch Aus- und Weiterbildung die Polizei mit der Thematik der LSBTI* zu sensibilisieren und somit flächendeckend in jeder Dienststelle die Anzeigebereitschaft zu gewährleisten.

7. LSBTI*-Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern

- Wie wollen Sie erreichen, dass zuständige Behörden sowie Betreiber und Mitarbeitende von Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften für die Belange von LSBTI*-Flüchtlinge sensibilisiert sind? Werden Sie sich dafür stark machen, dass Organisationen der Flüchtlingshilfe durch Seminare und Fortbildungen stärker über die Thematik informiert und lokale Unterstützungs- und Beratungsprojekte für LSBTI* Flüchtlinge etabliert werden?

Wir Freie Demokraten wollen alle Beteiligten und das gerade in den Aufnahmeeinrichtungen speziell schulen. Die Aufnahmeeinrichtung stellt eine große Herausforderung dar. Wir erwarten, dass Menschen die bei uns Schutz suchen, sich an unseren Gepflogenheiten orientieren. Neben einer Fortbildung der Mitarbeiter sind wir auf Unterstützung der LSBTI*-Vereinigungen mit ihren Unterstützungs- und Beratungsangebot angewiesen. Möglichst sofort nach der Ankunft muss mit der Vermittlung der deutschen Sprache begonnen werden. Soweit der Schutz vor allem zwischen den Flüchtlingen selbst erforderlich sein sollte und es räumlich-logistisch möglich ist, sollten LSBTI*-Flüchtlinge getrennt untergebracht und versorgt werden.

- Welche Maßnahmen wollen Sie treffen, damit alle am Asylverfahren Beteiligten um die Verfolgung aufgrund der sexuellen und Geschlechtsidentität als anerkannter Asylgrund wissen?

Noch immer ist vielen nicht bekannt, dass Flüchtlinge die Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Orientierung nicht angeben, da es ihnen entweder nicht bekannt ist oder sie Repressionen in den Unterkünften befürchten. Wir wollen alle am Asylverfahren Beteiligten und die Aufnahmezuständigen stärker sensibilisieren.

- Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass LSBTI*-Flüchtlinge in Unterkünften und anderen Einrichtungen vor homophoben Übergriffen geschützt werden?

Für Missbrauch und Gewalt gibt es keine Toleranz. Besonders für Traditionen und Verhaltensweisen, die nicht unserer Werte- und Rechtsordnung entsprechen, sehen wir keinen Raum. Die FDP will Angebote für traumatisierte und andere Schutzbedürftige, wie z.B. Kinder, alleinerziehende Frauen, LSBTI* Menschen, u.a., sowie Rückzugsräume, Hilfetelphone und speziell geschulte

Ansprechpartner*innen, die der besonderen Lebenssituation geflüchteter Menschen gerecht werden. Soweit möglich, muss eine gesonderte Unterbringung und Versorgung eingerichtet werden.

8. Rechtliche Gleichstellung

- Wollen Sie sich für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einschließlich des Adoptionsrechtes einsetzen?

Ja, wir Freie Demokraten stehen weiterhin für die Öffnung der Ehe und die Änderung des Adoptionsrechtes für gleichgeschlechtliche Paare.

- Werden Sie Initiativen für die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der „sexuellen Identität“ unterstützen bzw. initiieren?

Ja, wir unterstützen die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der „sexuellen Identität“.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne auch in einem persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Hagen Reinhold
Spitzenkandidat



René Domke
Landesvorsitzender